

3,6 Millionen für Herberstein-Neu

Die Verträge zwischen Herberstein und der neuen, landeseigenen Tierpark GmbH wurden bereits in der Landesregierung genehmigt. Nun beschloss der Landtag die Freigabe der Mittel für die Pachtvorauszahlung, die Fortführungskosten und andere damit zusammenhängende Ausgaben – insgesamt 3,6 Millionen Euro. KPÖ und Grüne lehnten die Ausgabe ab. Werner Murgg (KPÖ) kritisierte vehement, dass das Land, nach allem, was vorgefallen ist, mit der Familie Herberstein nach

wie vor in einer Geschäftsbeziehung stehe. Die KPÖ ist für einen Kauf des Parks durch das Land Steiermark eingetreten. Stattdessen gibt es zwischen Land Steiermark und Herberstein OHG einen Pachtvertrag und nach wie vor eine gemeinsame Eintrittskarte für den Landestierpark und das Schloss bzw. das Museum. Werner Murgg: „Völlig unverständlich ist für mich, dass das Land in dem Vertrag freiwillig auf die Rückforderung der 1 Million Euro aus der Ferialverfügung verzichtet.“



Das Land hat das Herberstein-Gelände gepachtet

Kein Heizkostenzuschuss für Bezieher der Wohnbeihilfe Neu

Bezüglich des Heizkostenzuschusses des Landes gingen unlängst falsche Meldungen durch die Presse. Dort wurde behauptet, der Zuschuss von 120 Euro für Öl- bzw. von 60 Euro für andere Heizungen werde wie im Vorjahr gewährt. Das ist falsch. Im Merkblatt des zuständigen Landesrates Kurt Flecker (SPÖ) heißt es ausdrücklich: „Anspruchsberechtigt sind alle in der Steiermark wohnhaften Personen, die keinen Anspruch auf die Wohnbeihilfe Neu haben und deren Haushaltseinkommen (inkl. 13. und 14. Gehalt) die nachfolgenden Grenzen nicht übersteigt: Alleinstehende Personen 805 Euro, Ehepaare 1.232 Euro.“

Das ist der springende Punkt: Bisher haben Bezieher kleinster Einkommen auch bei Bezug der Wohnbeihilfe diese Unterstützung erhal-

ten. Nun gibt es die Wohnbeihilfe Neu, bei der auch ein Teil der Heizkosten gefördert wird und die dadurch für Bezieher kleiner Einkommen leicht erhöht wurde.

Trotz explodierender Heizkosten wird mit dieser Begründung den Beziehern dieser Wohnbeihilfe Neu ein zusätzlicher Heizkostenzuschuss des Landes gestrichen. Frei nach dem Motto: Mit einer Hand geben, mit der anderen nehmen.

Die KPÖ hat deshalb im Landtag den Antrag eingebracht, den Heizkostenzuschuss des Landes auch den Mindestpensionistinnen und -pensionisten, welche die Wohnbeihilfe Neu beziehen, weiterhin zu gewähren. Hier geht es schließlich um die Ärmsten der Armen! Der KPÖ-Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

KOMMENTAR

Herberstein: Einen Erfolg hat es gegeben!

Von LAbg. Werner Murgg



Während der vergangenen Tage bin ich als Ausschussvorsitzender immer wieder gefragt worden: Was ist bei diesem Untersuchungsausschuss tatsächlich herausgekommen?

Bis vor kurzem hat es keine einheitliche Kontrolle der Fördermittel durch das Land gegeben, Mehrfachförderungen konnten deshalb nicht ausgeschlossen werden. So hat der höchste Beamte des Landes, Landesamtsdirektor Gerhard Wielinger, auf mein Nachfragen im Ausschuss geantwortet, die Landesregierung habe die Förderkontrolle erst 2005, nach Vorliegen des Rechnungshofberichtes über Herberstein, zum Thema gemacht. Da fragt man sich: Was war all die Jahrzehnte vorher?

Ein Ergebnis des Ausschusses besteht darin, daß jetzt ein ordentliches Fördercontrolling eingerichtet wird! Immer wieder kam bei der Befragung der Zeugen zur Sprache, ob dem Unternehmen Herberstein Zusagen über Fördermittel gemacht wurden. Da geistert die Summe von 120 Millionen Schilling herum, 8,7 Millionen Euro. Dass es derartige Versprechungen gegeben habe, wurde von den befragten Politikern bestritten.

Trotzdem bleibt ein Verdacht! Warum? Zieht man von den 8,7 Millionen Euro die 2,9 Millionen ab, welche Herberstein über die stille Beteiligung des Landes im Jahre 2002 gewährt wurden, bleiben 5,8 Millionen. Und diese 5,8 Millionen tauchen im Entwurf der Ferialverfügung, mittels der Herberstein im Sommer 2004 eine weitere Million Euro ausbezahlt wurde, als eine Begründung für die Auszahlung auf!

Ich habe von Anfang an darauf gedrängt, als Zeugen auch Mitarbeiter des Tierparks zu laden. Das hat bei den Vertretern von ÖVP und SPÖ anfänglich für Kopfschütteln gesorgt. Ich habe auf der Befragung dieser Zeuginnen und Zeugen beharrt. Ein Tierarzt, eine Zoologin, ein Sachverständiger für Artenschutz, der ehemalige Gutsverwalter und eine Tierpflegerin haben erschütternde Aussagen über die Tierhaltung gemacht.

Sie haben wahrscheinlich die Geschichte von den erschlagenen Wolfsjungen bereits in den Zeitungen gelesen. Eine Tierpflegerin berichtete darüber, wie mit Beschwerden der Mitarbeiter umgegangen wurde. Aus Angst vor Sanktionen habe man sich nicht getraut, einen Betriebsrat zu gründen. Im Winter hätten die Tierpflegerinnen einmal über Nierenschmerzen geklagt, hervorgerufen durch Fahrten mit einem Elektrowagen ohne Schutz vor Kälte. Als sie das bei den Verantwortlichen vorbrachten, sei ihnen bedeutet worden, die Nierenschmerzen rührten daher, dass sie so früh Geschlechtsverkehr gehabt hätten.

Der Ausschuss hat hoffentlich dazu beigetragen, diese spätfeudalen Ungeheurlichkeiten abzustellen. Nun trägt das Land Steiermark als Pächter des Tierparks die Verantwortung. Sie besteht in erster Linie gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Tierparks, selbstverständlich aber auch gegenüber den im Park gehaltenen Tieren. Diese Fragen im Ausschuss überhaupt zur Sprache gebracht zu haben, sehe ich bereits als Erfolg!

werner.murgg@kpoe-steiermark.at